

Hochwasseropfer bluten nach Kika/Leiner-Pleite: Wer hilft jetzt?

Die Insolvenz von Kika/Leiner betrifft Tausende Kunden, viele sind Hochwasseropfer. Verbraucherschutz in Österreich bleibt unzureichend.

Niederösterreich, Österreich - Die Österreichische Möbelkette Kika/Leiner hat Insolvenz angemeldet, was tausende Kunden in ernsthafte Schwierigkeiten bringt. Betroffen sind insbesondere viele Opfer der verheerenden Hochwasserkatastrophe im September, die zuvor noch mit einem Hilfsangebot und 20 Prozent Rabatt für ihre Einkäufe geworben hatte. Wie **noen.at** berichtet, haben zahlreiche Menschen, die Zahlungen für Möbel geleistet haben – oft unter schwierigen Bedingungen – nun kein Recht mehr darauf, ihr Geld zurückzubekommen.

Die Pleite bedeutet, dass die betroffenen Kunden, darunter viele Hochwasseropfer, um ihre Anzahlungen von schätzungsweise 10.000 bis 20.000 Euro für Küchen und Sofas bangen müssen. Der Insolvenzverwalter hat den Kunden noch keine klare Zusage gegeben, ob ihre Verträge erfüllt werden können – eine äußerst besorgniserregende Situation, die durch die fehlende rechtliche Absicherung im Konsumentenschutz noch verschärft wird. Verbraucherschutz gibt es nicht für Anzahlungen, insbesondere nicht im Möbelsektor, wie **vol.at** feststellt.

Hohe Anzahlungen, hohe Unsicherheit

In den letzten Wochen wurden zahlreiche individuelle Schicksale veröffentlicht, darunter der Fall eines älteren Paares, das über

21.000 Euro für eine neue Küche anzahlen musste, sowie eine Alleinerzieherin, die 19.000 Euro für Möbel investierte. Angesichts der Tatsache, dass viele Kunden die Zahlungen bar leisteten oder überweisen mussten, ist die Möglichkeit, diese Beträge zurückzubekommen, gering. Für Transaktionen über Kredit- oder Bankomatkarte besteht lediglich die Möglichkeit, eine Rückbuchung zu initiieren. Die Insolvenzquote in Österreich liegt oft unter 10 Prozent, was bedeutet, dass die Betroffenen nur einen Bruchteil ihres Geldes zurückerhalten werden.

Die SPÖ hat in den aktuellen Regierungsverhandlungen das Thema der Haftung für Anzahlungen angesprochen, hat sich jedoch gegen den Widerstand von ÖVP und NEOS nicht durchsetzen können. Während die ÖVP die Situation als „erschreckend“ bezeichnet, stellt der FPÖ-Abgeordnete Alois Kainz Fragen zur möglichen staatlichen Unterstützung für die betroffenen Hochwasseropfer. Experten haben gefordert, dass Unternehmen zukünftig verpflichtend eine Anzahlungsgarantie anbieten müssen, um solche Situationen in Zukunft zu vermeiden.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ursache	Hochwasser, Pleite
Ort	Niederösterreich, Österreich
Schaden in €	40270
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• m.noen.at• www.vol.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at